

18.06.1927 Sa

3470

1.
J. Die Altersgrenze

Abreißkalender.

Ich begegnete einem alten Bekannten auf dem Weg zu seiner Amtsstube.

„Heiß!“ sagte ich. „Du lägest sicher auch lieber im Wasser bis an den Hals, statt auf deinem Bürostuhl.“

„No, es ist ja nicht mehr für lang.“ seufzte er.

„Wieso?“

„In neun Monaten erreiche ich die Altersgrenze.“

„Was erreichst du?“

„Die Altersgrenze. Weißt du nicht, was die Altersgrenze ist? Die Altersgrenze ist der Nichtbefähigungsnachweis des Staates zur Besorgung der öffentlichen Geschäfte und Wahrnehmung der öffentlichen Interessen. Die Altersgrenze ist Kraftvergeudung, ist eine Konzession an Dummheit und Faulheit . . .“

„Oho, du trägst dich auf. Ärgerst du dich derart darüber, daß du dein Leben als Beamter nun abschließen mußt?“

„Ich? Wieso denn? Ich habe längst eine Stelle in einem Privatbetrieb. An dem Tag, wo ich die Staatsfeder aus der Hand lege, ergreife ich eine andere, die gegen die staatliche ist wie eine Goldfüßfeder gegen einen Gänsekiel. Ich wollte dir nur die Binsenwahrheit einprägen, daß der Staat längst bankrott ist, wo es auf die Ausnützung der Maschine Mensch — würde Herr Krier/Jagen — ankommt. Er darf eben die Kunst des Individualisierens nicht üben. Sein Apparat arbeitet darum teuer und schlecht. Alle empfinden das, haben es immer empfunden, nur daß die Alten sich über das Warum Klar waren und sich damit abfanden, indes die Jüngeren sich wenigstens den Anschein geben, als wüßten sie nicht Bescheid und darum gegen den Stachel lößen.“

„?“

„Verwaltungsreform! Sie tun so, als ob sie an die Möglichkeit glaubten, im staatlichen oder kommunalen Verwaltungsbetrieb überhaupt dauernd etwas zu ändern.“

„Warum nicht?“

„Auch du, Brutus! Weißt du denn nicht, daß der Staat unter dem gewaltigen Handicap des Gerechtigkeitsfimmels leidet und leiden muß und immer leiden wird! Der Gerechtigkeitsfimmel ist in den Augen der Masse eine Art Sühne für alle Missetaten, deren sie sich bewußt und unbewußt schuldig macht. Es kostet nichts und macht sich großartig edel. Daher unter andern die Altersgrenze.“

„Ich bin nicht ganz im Bild.“

„Die Altersgrenze ist ein Angstprodukt. Im Privatbetrieb wird der gehalten, der für sein Gehalt entsprechende Dienste leistet; der andere wird abgeschoben. Fort mit Schaden. Beim Staat will niemand die Verantwortung der Auswahl übernehmen, um nicht in den Ruf der Willkür, des Gewaltmißbrauchs zu kommen. Der Kreis der Verantwortung ist an einer Stelle unterbrochen, da setzt die Machtwillkür ein — so glaubt die Masse in allen Fällen. Verantwortung im Staatsdienst heißt schließlich nur Verantwortung für Dummheiten, die geschehen, da die Initiative für kühnes Unternehmen überall unterbunden ist. Durch den Gerechtigkeitsfimmel. Es darf niemanden Unrecht geschehen. Dem Einzelnen ist die Gerechtigkeit schnuppe, wenn es sich nicht gerade um ihn selber handelt. Sie wirkt nur als Kollektivphänomen, sie ist ein Gärungsprozeß, wie er zum Beispiel beim Tabak vor sich geht. Ein Blatt allein gärt nicht, es müssen ganze Haufen zusammengepackt werden.“

Um sich vor dem Gerechtigkeitsfimmel in Sicherheit zu bringen, hat man dann das gleiche Maß für alle erfunden. So wird denn der Stiefel, der langsam die Stufen zu seiner leitenden Stellung hinaufgediehen ist, bis zur Altersgrenze den Staat oder die Gemeinde nicht nur sein jährliches Gehalt, sondern außerdem all das viele Geld kosten, das gespart oder verdient würde, wenn an seiner Stelle ein Mann stünde, der seinen Posten durch individuelle Tüchtigkeit hätte erlämpfen müssen. Dieser Mann aber bräuhete nicht mit achtundsechzig Jahren abgelöst zu werden, er könnte unter Umständen gut und gerne noch zehn Jahre die wertvollen Dienste leisten, statt daß er so seine Zeit verspatzen muß oder einem Privatbetrieb die Fähigkeiten zur Verfügung stellt, die der Staat in den Müllimer schütten muß. Hätte man den einen schon mit fünfzig Jahren hinaustun, den andern bis fünfundsiebzig behalten können, so wären fünfundzwanzig kostbare Arbeitsjahre der Allgemeinheit gewonnen gewesen. Merke dir, solange das gleiche Maß für alle bestehen muß, solange ist auf die Dauer keine Verwaltungsreform möglich.“

Samrati 18. 6 1927